

21.03.96

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Flächenbindung in der Tierhaltung

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat mit Schreiben vom 19. März 1996 die beigefügte Stellungnahme zu der o.a. Entschließung des Bundesrates (Drucksache 301/95 (Beschluß)) bersandt.

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Flächenbindung in der Tierhaltung

Die Bundesregierung begrüßt die Entschließung des Bundesrates zur Flächenbindung in der Tierhaltung.

Die Bundesregierung ist wie der Bundesrat der Auffassung, daß die in der Entschließung genannten Ziele am ehesten mit problemorientierten und differenzierten fachgesetzlichen Regelungen erreicht werden können.

Ein wesentliches Instrument ist in diesem Zusammenhang die am 7. Februar 1996 in Kraft getretene Düngeverordnung. Mit ihr werden die dngungsrelevanten Teile der EG-Nitratrichtlinie in Deutschland flächendeckend umgesetzt. Grundsätze der guten fachlichen Praxis der Düngung werden näher bestimmt. Die Bundesregierung ist überzeugt, daß die Verordnung die Effizienz des Dngereinsatzes in den nächsten Jahren weiter verbessern und damit insbesondere einen wesentlichen Beitrag zur umweltverträglicheren Verwertung der in den Betrieben anfallenden Wirtschaftsdünger leisten wird.

Eine an den Pflanzenbedarf und die Standortverhältnisse angepaßte Düngung trägt auch den Belangen der Umwelt Rechnung. Durch die Vermeidung von Nährstoffverlusten werden insbesondere Stickstoffeinträge in die Gewässer und andere Ökosysteme verringert. Die gesetzten Obergrenzen für Wirtschaftsdünger unterstützen das Anliegen einer Flächenbindung der Tierhaltung.

Mit der Düngeverordnung werden erstmals bundeseinheitliche Vorgaben für die Düngung geschaffen. Die Bundesländer werden allerdings durch die Verordnung ermächtigt, bestimmte Vorschriften durch Anordnungen der zuständigen Behörden zu konkretisieren. Die Bundesregierung geht davon aus, daß mit dieser Ermächtigung die Länder verantwortungsbewußt umgehen, um keine neuen Wettbewerbsunterschiede aufzubauen.

Unter Berücksichtigung des Wunsches des Bundesrates hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Düngeverordnung geprüft, inwieweit andere bestehende Rechtsvorschriften zur Flächenbindung der Tierhaltung an die ökologischen Erfordernisse anzupassen sind.

Eine Anpassungsnotwendigkeit besteht nach Auffassung der Bundesregierung im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Im Ergebnis wird die Bundesregierung daher anläßlich der Beratungen des nächsten Rahmenplanes im PLANAK vorschlagen, in den Grundsätzen zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung eine entsprechende Anpassung vorzunehmen.

Über die bereits in Kraft gesetzten bzw. vorgesehenen Maßnahmen hinaus sieht die Bundesregierung derzeit keine weiteren Anpassungserfordernisse. Zunächst gilt es, die Wirkung der eingeleiteten Maßnahmen abzuwarten.

Die Bundesregierung ist gemeinsam mit dem Bundesrat der Auffassung, daß die Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 einen Rechtsrahmen für eine breit angelegte Förderung einer extensiven flächengebundenen Tierhaltung bietet.

Es ist zu erwarten, daß die Akzeptanz der Programme auf der Basis der o.g. Verordnung noch weiter zunehmen und dieses Instrument damit in Zukunft weiter aufgewertet wird. Dementsprechend wird sich die Bundesregierung auch künftig auf EU-Ebene für einen angemessenen Stellenwert dieses Förderinstrumentes einsetzen.